Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 15 Kr. 15. Postbezug für Monat Januar 2,25 R.M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 26 × Freitag, 31. Januar 1930 38. Jahrgang

Ausdehnung der spanischen Studentenunruhen

Schärfste Pressezensur in Spanien — Kapitän Ehrhardt als Zeuge im Tscherwonzen-Prozeß — Die Sowjetregierung der systematischen Banknotenfälschung angeklagt

Berenguer stößt auf Schwierigkeiten

General Berenguer stößt bei der Bildung seines Kabinetts, das angeblich den Uebergang von der Diktatur zum alten parlamentarischen Regime herbeiführen soll, auf große Schwierigkeiten. Ein Zeichen, daß die Lage nicht so einfach und ungefährlich ist, wie es nach gewissen offiziösen Verlautbarungen den Anschein haben könnte. Soweit man sich aus den bisherigen recht kargen Nachrichten ein Urteil bilden kann, hat Berenguer, der ja, wie bekannt, ein persönlicher Gegner Primo de Riveras ist, versucht, mit jenen Kreisen wieder Fühlung zu nehmen, die im Jahre 1923 von Primo de Rivera ausgeschaltet wurden, vor allem mit den alten Konservativen. Der Name des Grafen de la Mortera, der ein Sohn des bekannten spanischen konservativen Führers Maura ist, tauchte als Ministerkandidat auf, doch soll Mortera sehr vorsichtig die Uebernahme eines Amtes abgelehnt haben, solange die Wiederherstellung der Verfassung nicht gesichert sei. Mit dem Grafen Romanones, dem ehemaligen Führer der Liberalen, der in Paris lebt, scheint man noch nicht in Verbindung getreten zu sein. Romanones läßt in der französischen Presse erklären, er wünsche Berenguer den besten Erfolg, aber „die Lage sei kritisch und werde von Minute zu Minute kritischer". Das ist sicher kein besonders wohlwollender Segensspruch für den Mann, der jetzt, nach Zusammenbruch der Diktatur, die Ordnung in Spanien aufrechterhalten soll. Ob ihm das gelingen wird, ist zur Stunde noch völlig ungewiß, doch scheint sich schon jetzt zu zeigen, daß man nach einem Staatsstreich und einer sechsjährigen Unterbrechung normaler Zustände nicht ohne weiteres wieder da anknüpfen kann, wo man im Jahre 1923 aufgehört hat. Dazu kommt, daß so gerade die Unfähigkeit des spanischen Parlamentarismus alten Stils den Staatsstreich Primo de Riveras herbeiführte, und daß eine Wiederherstellung dieses alten Parlamentarismus absolut noch keine Gewähr für eine neue Aera in Spanien gibt. Zunächst muß man die Weiterentwicklung der Dinge abwarten, ehe man sich ein endgültiges Urteil bilden kann, jedenfalls ist es notwendig, bei allen Nachrichten aus Madrid in Betracht zu ziehen, daß im Lande die allerschärfste Zensur besteht, von der, wenigstens zum Teil, auch die ausländischen Korrespondenten betroffen werden, die ihre Meldungen außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend stilisieren müssen.

*

Inmitten der Krise

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Madrid, 30. Januar. (Durch United Preß)

Die Kabinettsbildung durch General Berenguer ist immer noch nicht abgeschlossen. Das einzige Portefeuille, das bisher schon endgültig vergeben ist, ist das Ministerium des Unterrichts, das der Herzog von Alba übernommen hat. Doch hofft Berenguer, im Laufe des heutigen Donnerstags die Bildung seines Kabinetts zu beenden. Das Parlament soll der alten Verfassung gemäß sobald als möglich einberufen werden. Die Pressezensur wird nach wie vor mit aller Schärfe gehandhabt. Alles deutet darauf hin, daß die Krise verschiedene Stufen zu durchlaufen haben wird.

Die Studentenunruhen dauern im ganzen Lande noch an und haben in einigen Städten beunruhigende Formen angenommen. In Oviedo zogen die Studenten unter Vorantragen von Flaggen mit aufrührerischen Inschriften vor die Universität. Ein Teil von ihnen marschierte nach dem Hauptquartier der „Union Patriotica", der Partei Primo de Riveras. Hier warfen sie die Fensterscheiben ein und richteten auch andern Sachschaden an. An zwei Stellen Oviedos zerschlugen die Studenten Gedenktafeln, auf denen der Name Primo de Riveras stand. In Sevilla beabsichtigten die Studenten ähnliche Demonstrationszüge, doch konnten sie noch rechtzeitig von der Polizei auseinander getrieben werden. In Cadiz wollten die Studenten gerade sich zu einem Zuge formieren, der in scherzhafter Weise „das Begräbnis der Regierung" darstellen sollte. Jedoch griff die Polizei die Studenten an und verhinderte sie an der Ausführung ihres Vorhabens.

In Cadiz hat sich eine neue „republikanisch-autonome" Partei gebildet, zu deren Vorsitzenden der Rechtsanwalt Lazola gewählt wurde.

*

Angriffe auf die Krone

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Madrid, 30. Januar. (Durch United Preß.)

Die Anzeichen dafür mehren sich, daß das künftige Kabinett Berenguer mit einer machtvollen Opposition von links und rechts zu kämpfen haben wird. In erster Linie wird anscheinend Primo de Rivera selbst als Gegner der neuen Regierung auf dem Plane erscheinen. Primo de Rivera hat nämlich in einer stark besuchten Versammlung der sogenannten „Unione Patriotica" erklärt, daß er als Führer dieser Organisation nunmehr eine Oppositionscampagne beginnen werde.

Ein weiterer Gegner wird der noch nicht gebildeten Regierung Berenguer in dem „Ateneo de Madrid" erstehen, einer wissenschaftlichen und literarischen Gesellschaft von großem politischen Einfluß, die bereits im Jahre 1921 eine große Demonstration, an der über 100 000 Personen teilnahmen, gegen General Berenguer wegen seines unmöglichen Feldzuges in Marokko veranstaltet und seitdem verschiedentlich ihrer Antipathie gegen ihn Ausdruck gegeben hat. Maßgebliche politische Persönlichkeiten erklären sogar, daß die in Bildung begriffene Linksopposition sich nicht so sehr gegen Berenguer selbst und seine Regierung richten, als vielmehr über ihn die Krone angreifen wolle.

Kommunistische Arbeit in der Reichswehr

Die Richtlinien der Komintern — Zersetzung der Reichswehr und Organisation kollektiver Gehorsamsverweigerung und Sabotage erstrebt

Dem Ost-Expreß wird aus Moskau geschrieben:

Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß die zunehmende Aktivität der Kommunisten neben der verstärkten Propaganda in den Betrieben ihren Ausdruck vor allem in der Agitation in der Reichswehr und der Reichsmarine findet. Auch diese Betätigung der KPD. ist offenbar auf eine Weisung der Kommunistischen Internationale zurückzuführen, die bereits auf ihrem letzten Kongreß in Moskau besondere Richtlinien für das „Verhalten des Proletariats gegenüber der Armee in kapitalistischen Ländern" aufstellte. Entsprechend ihrer allgemeinen Auffassung der Lage als „eine unmittelbare revolutionäre Situation" erklärt die Komintern in ihren Richtlinien, der Kampf gegen die Bourgeoisie sei soweit gediehen, daß der Sturz des Kapitalismus mit allen Mitteln angestrebt werden müsse. Der Sturz des Kapitalismus sei aber

ohne bewaffneten Aufstand unmöglich.

„Man darf aber nicht", wird in den Richtlinien gesagt, „mit dem Aufstand spielen. Wenn es zum Aufstand kommt, muß die Aktion mit größter Energie bis zur endgültigen Niederwerfung des Gegners geführt werden. Schwankungen und Unentschlossenheit während des Aufstandes würden seinen Mißerfolg besiegeln. Der Aufstand muß sofort auf ein möglichst großes Gebiet ausgedehnt werden. Er ist eine Kunst und dabei nicht nur ein politisches, sondern vor allem ein militärisches Problem." Unabhängig von ihrer Organisationsform ist die Armee in einem kapitalistischen Lande nach Ansicht der Komintern ein Glied des bürgerlichen Staatsapparates, daß vom Proletariat nicht demokratisiert, sondern zerstört werden muß. Dies sei besonders wichtig in Deutschland, wo die Wiederherstellung des alten Militarismus in neuer Form eifrig und erfolgreich betrieben werde. Den Stahlhelm und die andern Wehrverbände betrachten die Richtlinien als „halboffizielle" Armeen der deutschen Bourgeoisie, die ebenfalls eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel der deutschen Militaristen seien. Ohne Agitation der Kommunisten in der Armee gehe jede Vorbereitung des proletarischen Aufstandes nicht über den Rahmen theoretischer Diskussionen hinaus. Die Arbeit im Heere verlange aber von den Kommunisten eine genaue Kenntnis der Wehrfragen, der Bedürfnisse und Wünsche der Soldaten. Diese Kenntnis könne nur durch einen ständigen

engen und vor allem persönlichen Kontakt zwischen der Kommunistischen Partei und den Heeresangehörigen

erlangt werden. Daher müsse sich die KPD. gegen jede „falsche" antimilitaristische Parole wenden und ihre Anhänger auffordern, in das bürgerliche Heer einzutreten. Die Leitung der KPD. müsse gleichzeitig auch Angehörige der Partei in die einzelnen Wehrverbände „delegieren", um auch auf diesem Gebiet den persönlichen Kontakt herzustellen. Diese kommunistische Agitation in der Wehrmacht müsse mit dem Ziele geführt werden, die bürgerlichen Truppen zu zersetzen, um ihren Uebergang auf die Seite des Proletariats beim politischen Aufstand zu sichern. Da die Hauptmasse der Soldaten Bauernsöhne ausmachen, müsse entsprechende Vorarbeit unter der Bauernjugend geleistet werden, um zuverlässige Vertrauensmänner bäuerlicher Herkunft im Heere zur weiteren Bearbeitung der Soldaten zu besitzen. Aufmerksamkeit müsse auch der Propaganda unter den Rekruten gewidmet werden. Die Richtlinien der Kommunistischen Internationale zählen auch eine Reihe von Forderungen auf, die von den kommunistisch „bearbeiteten" Soldaten aufgestellt werden müssen: Auflösung der Reichswehr, Verkürzung der Dienstzeit, Aufhebung der Kasernierung, Bildung von Soldatenräten, Erhöhung der Löhnung, Bildung von Wirtschaftsausschüssen aus Soldaten, Aufhebung aller Disziplinarstrafen und der Grußpflicht, Berechtigung zum Tragen von Zivilkleidung außerhalb des Dienstes, täglicher Urlaub, Koalitionsrecht, Gewährung des Wahlrechts an die Soldaten und die Berechtigung zum Besuch von politischen Versammlungen. Bei dem Kampfe um die Durchsetzung dieser Forderungen müsse besonders beim Vorliegen entsprechender Klagen seitens der Soldaten zum

Mittel der kollektiven Gehorsamsverweigerung, der Sabotage sowie „gewisser Streikformen" unter den Soldaten und Matrosen

gegriffen werden. In einem weiteren Stadium müsse die Forderung nach der Wählbarkeit der Offiziere erhoben werden, allerdings erst dann, wenn die „Zersetzung der Armee" bereits sehr weit gediehen sei. Daneben müsse die KPD. unter der Polizei für die Entwaffnung und Auflösung der Polizei- und Gendarmerieformationen agitieren sowie für die Zulassung der Bewaffnung der Arbeiterschaft und der Arbeiterorganisationen und der militärischen Ausbildung der Arbeiter. Die Agitation der KPD. müsse sich auch mit früheren Reichswehrangehörigen befassen. So ist die Bildung von „Vereinen revolutionärer Veteranen" vorgesehen, ferner von Unterstützungsorganisationen für frühere Reichswehrsoldaten usw. Die „revolutionären Gewerkschaften" sollen auf diesem Gebiet die größte Aktivität entfalten. Bei allen Erörterungen über die kommunistische Propaganda unter den Soldaten wird von der Komintern auf das

Beispiel der Zersetzung des russischen Heeres im Jahre 1917

als Vorbild für die KPD. hingewiesen. Man verkennt selbstverständlich in den Kreisen der Komintern nicht, daß die Verhältnisse in Deutschland ganz anders liegen als zu jener Zeit in Rußland, und gerade aus dieser Erkenntnis heraus wird die KPD. aufgefordert, ihre Agitation unter den Angehörigen der deutschen Wehrmacht besonders planmäßig und aktiv zu betreiben.

Amerika mit meinen Augen

Von Hauptmann a. D.
Hermann Köhl

Eine interessante Artikelserie des Atlanticfliegers Köhl beginnt heute in den D. N. N.

Thüringens Zukunft

Es will sparen, aber selbständig bleiben

× **Weimar, 30. Januar.** (Durch Funkspruch)

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, gab Staatsminister Baum eine Erklärung über das Programm der neuen Regierung ab. Er appellierte zunächst an das Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung und setzte sich für „unbedingte Selbständigkeit Thüringens" ein. Das Gutachten des Sparkommissars solle als Grundlage für die Durchführung von Sparmaßnahmen dienen. Die Leistungsfähigkeit des Landes und seine kulturellen Belange müßten in Einklang gebracht werden. Nach Ansicht der Regierung werde aber durch Sparmaßnahmen allein die Sanierung nicht durchgeführt werden können. Es müsse dazu die Erschließung neuer Einnahmequellen kommen. Der Haushaltplan müsse möglichst ohne Defizit aufgestellt werden. Hinter den finanzpolitischen Aufgaben müßten zunächst alle andern zurücktreten. Wichtiger aber als alle Programme sei im Augenblick die Tat. Die Regierung werde dafür sorgen, daß die Wirtschaft vor dem Untergang bewahrt werde. Die Besprechung der Regierungserklärung soll erst morgen stattfinden. Die Sitzung wurde nach einviertelstündiger Dauer geschlossen.

Ein Vorstoß des Zentrums

B. **Berlin, 30. Januar.** (Eigener Drahtbericht)

Das Zentrum hat einen innen- wie außenpolitisch bedeutsamen Vorstoß unternommen. Wie die „Germania" mitteilt, haben nämlich im Auftrage des Vorstandes der Zentrumsfraktion die Abgeordneten Brüning und Esser dem Reichskanzler die Stellungnahme des Zentrums zur politischen Behandlung des Haager Abkommens zur Kenntnis gebracht. Das Zentrum verlangt danach, daß vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse. Diese Klärung habe zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und

stärkere Bindung der Regierungsparteien für die Durchführung der Finanz- und Steuerreform.

Wie sich das Zentrum diese Bindung denkt, wird nicht gesagt. Man erinnert sich, daß der Festlegung des ursprünglichen Finanzprogramms außerordentlich harte Kämpfe vorangingen, die bis dicht vor die Krise führten. Bis dann schließlich durch das Eingreifen Schachts das mühsam erreichte Finanzkompromiß dann doch zu einem guten Teil wieder äußerlich gemacht wurde.

Das Zentrum will seine Zustimmung zum Young-Plan offenbar von der Gestaltung der künftigen Finanzreform abhängig machen

und auf die Art verhindern, daß die Sozialdemokratie von der Verantwortung für die Finanzen, deren katastrophale Entwicklung ja zu einem guten Teil auf das Konto des Sozialdemokraten Hilferding fällt, loskommt. Wir haben hier schon mehrfach darauf hingewiesen, daß der Zentrumsführer Kaas in Rom die Ueberzeugung gewonnen hat, daß es für das Zentrum keineswegs opportun sei, sich auf Gedeih und Verderb mit der Sozialdemokratie zu verbinden. Daß es schon parlamentstechnisch nicht möglich sein wird, die Finanzreform vor dem Young-Plan zu erledigen, liegt natürlich auf der Hand. Trotzdem wird man hoffen dürfen, daß der Schritt des Zentrums seinen Zweck erreicht. In welcher Form das geschehen kann, wird weiteren Erwägungen überlassen bleiben. Weiter aber wünscht die Zentrumspartei vor ihrer entscheidenden Fraktionssitzung eine „ausreichende Darlegung" der Reichsregierung über Stand und

Fortgang der Saarverhandlungen und die Behandlung des polnischen Liquidationsabkommens.

Damit bringt das Zentrum die Vorbehalte in Erinnerung, die es bereits vor der zweiten Haager Konferenz angemeldet hatte.

SLUB
Wir führen Wissen.